

Tabak-Arbeiter

Erscheint Sonnabende. Redaktionschluss
Montags. Bezugspreis monatlich 40 A
ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 20 A
für die sechsgehabene Millimeterzeile.
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen.
An der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-
antwortlich: für den redaktionellen Teil
Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-
Verband, Ferdinand Hufung, Druck: J. G.
Schmalfeldt & Co. Schmalisch in Bremen

Nummer 19

Bremen, 7. Mai

Jahrgang 1932

Schlichtungsverhandlungen am 6. Mai

Was nach der Aufkündigung des Reichstarifvertrages durch den Rauchtobak- und Schnupftobak-Verband vor- auszusehen war, ist eingetreten: Die Unter- nehmer haben das Tarifwerk zerschla- gen, weil die Tabakarbeiter-Verbände die seit mehr als zehn Jahren bestehende Regelung der Löhne auf zentraler Grund- lage nicht preisgeben wollen. In dem Schreiben des Rauchtobak- und Schnupf- tobak-Verbandes vom 26. April heißt es:

Wir bedauern außerordentlich, daß Sie un- serem Vorschlag, den Manteltarif zentral ab- zuschließen und die Lohnfestsetzungen örtlicher Vereinbarung zu überlassen, nicht beitreten können. Unsere beiden Verbände sind aber einmütig der Meinung, daß eine reichstarif- lige Regelung nur auf dieser Grundlage er- folgen kann und darf. Da unter diesen Um- ständen sich keine Möglichkeiten erkennen las- sen, unseren Reichstarifvertrag fortzusetzen, bzw. auf der von uns vorgeschlagenen Grund- lage neu aufzuziehen, müssen wir feststellen, daß unser Reichstarifvertrag am 30. April er- digt und hiermit auch das bisher zwischen uns bestehende Tarifverhältnis sein Ende er- reicht.

Wir wissen uns frei von jeder Sentim- entalität und es würde uns schlecht an- stehen, über das unsoziale Verhalten der Rauchtobak- und Schnupftobakfabrikan- ten ein großes Lamento anzustimmen. Aber darauf möchten wir doch mit aller Deutlichkeit hinweisen: Die Unternehmer, die sich im geschäftlichen Leben wie Hund und Katze gegenüberstehen, die Unter- nehmer, die in der Preisfrage nie zu einer dauernden Einigung kommen können, dieselben Unternehmer sind sofort ein Herz und eine Seele, wenn es gegen die Arbeiterschaft geht. Daraus sollten auch die Arbeiterinnen und Arbeiter der Rauchtobak- und der Schnupftobakherstel- lung die richtigen Schlussfolgerungen ziehen und sich, soweit das bisher noch nicht geschehen ist, dem Deutschen Tabak- arbeiter-Verband anschließen, damit dem einigen Unternehmertum eine ebenso ge- schlossene Arbeiterschaft gegenübergestellt werden kann.

In welcher Richtung sich die Absichten der Unternehmer bewegen, zeigt ein Vor- schlag des Gemischt-industriellen Arbeit- geberverbandes in Bremen und Um- gebung. Danach wollen die Bremer Rauchtobakfabrikanten unter Führung der Firma Martin Brinkmann AG. in dieser

Notzeit „ihren“ Arbeiterinnen und Ar- beitern Lohnkürzungen bis zu 29,1 v. H. und bis zu 15,2 S die Stunde aufzwingen.

Wir wir schon in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ mitgeteilt haben, ist der Reichsarbeitsminister von den bei- den Tabakarbeiter-Verbänden um die Bestellung eines Schlichters ersucht wor- den, der die Vermittlung im Lohn- und Tariffstreit in der Rauchtobak- und Schnupftobakherstellung übernehmen soll. Kurz vor Redaktionsschluss wird uns nun mitgeteilt, daß der Reichsarbeitsminister

Herrn Regierungsrat Dr. Dobberstein zum Schlichter bestellt hat. Die Schlichtungs- verhandlung, über deren Ausgang wir in der nächsten Nummer des „Tabak-Ar- beiter“ berichten werden, findet am 6. Mai im Reichsarbeitsministerium statt. Bevor von der Verbandsleitung keine anderen Anweisungen herausgegeben sind, dürfen die Kolleginnen und Kollegen, weder ört- lich noch betrieblich, zu irgendwelchen Änderungen der bisher geltenden Tarif- und Lohnbestimmungen ihre Zustimmung geben.

Herzlichen Glückwunsch!

Wenn ein Kollege, der von Jugend an in der Arbeiterbewegung tätig gewesen ist, bei Vollendung seines 75. Lebens- jahres noch in vorderster Reihe mit steht, dann kann er wohl Anspruch darauf er- heben, daß seines Wirkens und seines Geburtstages mit einigen Worten des Dankes gedacht wird. Von diesen Erwä- gungen ausgehend, glauben wir ver- pflichtet zu sein, den Leserinnen und Les- ern des „Tabak-Arbeiter“ davon Kennt- nis zu geben, daß der Vorsitzende des Ausschusses des Deutschen Tabakarbeiter- Verbandes, unser Kollege

Louis Schoene in Hamburg, am 11. Mai auf 75 Lebensjahre zurück- blicken kann.



Louis Schoene ist der Vorgesetzte der „Tabak-Arbeiter“ kein Unbekannter. Schon vor fünf Jahren, anlässlich seines 70. Geburtstages nahmen wir Gelegen- heit, im einzelnen darzulegen, was er für die Arbeiterbewegung im allgemeinen und für die Tabakarbeiterbewegung im besonderen geleistet hat. Und als wir im vorigen Jahre die Namen der noch leben- den Kollegen nannten, die am 23. März 1881 den Freundschaftsclub der Zigarren- sortierer in Hamburg, den Vorläufer des Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenbekleber Deutschlands, ins Leben gerufen hatten, war auch Louis Schoene mit darunter. Es erübrigt sich deshalb wohl, noch einmal aufzuzählen, was er in dem zurückliegenden halben Jahrhundert geleistet hat. Aber das kann und muß mit Nachdruck betont werden: immer und überall hat er seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan. Dieses hervorzuheben und dankbar anzuerkennen, scheint uns sein 75. Geburtstag die beste Gelegenheit zu sein.

Lieber Louis Schoene, alter Kampf- genosse! Wir wissen uns einig mit allen Mitgliedern des Deutschen Tabakarbei- ter-Verbandes, wenn wir Dir auf diesem Wege zur Vollendung Deines 75. Lebens- jahres die besten Glückwünsche übermit- teln. Möge Dir und Deiner Frau noch ein recht langer und sonniger Lebensabend beschieden sein. Wir Jüngeren aber wol- len unsere Dankbarkeit für Dein Wirken abtragen, indem wir geloben, der Arbei- terbewegung mit derselben Treue zu die- nen wie Du, bis dereinst der Sieg unser ist.

Um das Wenden und Pressen der Wickel

Infolge einer Klage, die die Kollegin U. gegen die Firma Bürkner, Zigarrenfabrik in Oranienbaum, angestrengt hatte, mußte sich das Arbeitsgericht in Dessau am 8. März mit der Frage befassen, ob das Wenden und Pressen der Wickel bei genannter Firma besonders zu vergüten sei. Der Klage lag folgender Tatbestand zugrunde:

Da wegen der Auslegung der Bestimmungen des Tarifvertrages besonders über die Frage, ob das Wickelwenden und -pressen durch den Tariflohn für die Zigarrenherstellung abgegolten sein sollte, Streitigkeiten bestanden, hatte die Firma Bürkner im Jahre 1930 das Reichsschiedsgericht für die deutsche Zigarrenherstellung angerufen. Auf Grund der von diesem Schiedsgericht getroffenen Entscheidung hatte sie sich dann bereit erklärt, das Wenden und Pressen der Zigarrenwickel mit 30 % je 1000 Stück besonders zu bezahlen. Vom 1. April 1931 an hat die Firma diese Sondervergütung nicht mehr bezahlt, nachdem sie sich durch Anschlag in den Betriebsräumen dazu außerstande erklärt hatte. Die Belegschaft war mit dieser Regelung einverstanden.

Die Kollegin U. bestritt nun, daß die von der Firma mit der Betriebsbelegschaft am 1. April 1931 getroffene Vereinbarung gültig sei, da sie die Zustimmung des Betriebsrats nicht erhalten habe. Unter Bezugnahme auf die tariflichen Vereinbarungen und die Entscheidungen des Reichsschiedsgerichts sei die Firma vielmehr nach wie vor verpflichtet, das Wenden und Pressen der Zigarrenwickel als tarifliche Mehrarbeit besonders zu vergüten, da diese Verrichtung in der Herstellung der Zigarren einschließlich Wickel nicht mit einbegriffen sei und auch nicht von besonderen Arbeitskräften ausgeführt werde.

Dagegen glaubte die Firma einwenden zu müssen, daß der Tariflohn für das Herstellen der Zigarren einschließlich Wickel auch gleichzeitig das Wickelwenden und -pressen mit abgelte. Außerdem habe sie die früher in ihrem Betriebe üblichen Großpressen abgeschafft und bequeme Handpressen für die Wickel zur Verfügung gestellt. Im übrigen habe Kollegin U. auf den ihr etwa zustehenden Lohnanspruch, den sie erst nach ihrem Ausscheiden aus dem Betrieb durch die Ortsverwaltung des Tabakarbeiterverbandes geltend gemacht habe, stillschweigend verzichtet.

Demgegenüber behauptete Kollegin U., sie habe den während ihrer Tätigkeit erhaltenen Lohn nur aus Furcht vor Entlassung angenommen. Zudem habe sie sich nach ihrer Kündigung geweigert, die ihr von der Beklagten vorgelegte Ausgleichsrechnung zu unterschreiben. Sie habe also keineswegs auf ihre Lohnansprüche verzichtet.

Die Firma Bürkner ist daraufhin verurteilt worden, an die Kollegin U. für das Wenden und Pressen von 40 100 Wickeln 12,08 M zu zahlen. In der Begründung des Urteils heißt es u. a.:

Bei jener Vereinbarung vom 1. April 1931 handelt es sich um einen Vertrag zwischen der

Belegschaft des Betriebes und dem Arbeitgeber zur Regelung betrieblicher Arbeitsbedingungen, um eine sogenannte Betriebsvereinbarung. Nach herrschender Ansicht kann eine solche auch über Löhne geschlossen werden. Die Arbeitnehmerschaft des Betriebes kann aber nicht selbsthandelnd als Partei einer solchen Vereinbarung auftreten, wird vielmehr notwendig durch die Betriebsvertretung gesetzlich vertreten. . . . Da nun nach dem Vorbringen der Parteien feststeht, daß eine formelle Zustimmung der Betriebsvertretung im Betriebe der Beklagten zu jener Vereinbarung vom 1. April 1931 nicht erfolgt ist, so ist demnach auch keine gültige Betriebsvereinbarung hinsichtlich der Bezahlung des Wickelwendens und -pressens zustande gekommen. . . . Wenn das Schiedsgericht in einer Entscheidung vom 11. Mai 1922 weiter ausführt, daß es darauf ankomme, welche Übung bisher in den betreffenden Einzelbetrieben bestanden habe, so spricht das nicht zugunsten der Beklagten etwa in dem Sinne, daß die Betriebsvereinbarung vom 1. April 1931 sei eine neue Übung entstanden und diese müsse nun bis zur tariflichen Abänderung als maßgebend erachtet werden. Vielmehr ist darauf hinzuweisen, daß die ungültige Betriebsvereinbarung keinerlei Wirksamkeit in Fragen der betrieblichen Arbeitsbedingungen auszuüben vermag, demnach auch nicht eine neue Übung von so grundlegender Bedeutung erzeugen kann. Dem steht überdies auch entgegen, daß binnen einer Frist von etwa 10 Tagen ein dem Gewohnheitsrecht doch immerhin ähnlicher Rechtszustand nicht begründet werden kann.

Der Tarifvertrag vom 1. Dezember 1927, dem die Parteien nach allem in diesem Punkte unterliegen, bestimmt Reichsgrundlöhne „für die Herstellung von 1000 Zigarren einschließlich der Wickel“ und erklärt weiter, daß jene Löhne nur für die hierfür aufgeführten Arbeiten einschließlich der täglichen Reinigung des eigenen Arbeitsplatzes gelten und weitere Arbeiten besonders zu vergüten sind. . . . Bezüglich der Auslegung der tarifvertraglichen Bestimmung „Herstellung von Zigarren einschließlich der Wickel“ hat nun schon das Reichsschiedsgericht für die deutsche Zigarrenherstellung wiederholt entschieden, daß zwar grundsätzlich der Tariflohn für die Herstellung von Wickeln auch das Pressen und Wenden der Wickel einbegriffe, daß aber „bis zur neuen tariflichen Regelung“ alles so bleiben solle wie bisher. Damit hat es zu erkennen gegeben, daß das Pressen und Wenden der Wickel eben nicht begrifflich zur Herstellung der Wickel gehört. . . . Wenn der Tarif nur von „Zigarren einschließlich Wickel“ spricht, das Wenden und Pressen der Wickel also nicht ausdrücklich erwähnt, so ist nach allem Dargelegten die Tarifbestimmung dahin ausulegen, daß das Wenden und Pressen der Wickel von dieser Bestimmung des Tarifvertrages nicht mit erfasst wird, vielmehr als eine Sonderarbeit im Sinne des Tarifvertrages anzusehen ist und demgemäß auf Grund des Tarifvertrages sowohl als auch auf Grund der wiederholten Urteile des Reichsschiedsgerichts besonders bezahlt werden (oder von anderen Arbeiter gemacht werden) mußte. . . .

Weiter war sodann zu prüfen, ob die Klägerin nicht auf den ihr zustehenden Lohnzuschlag wirksam verzichtet hat. . . .

Mit der herrschenden Rechtslehre und der ständigen Rechtsprechung des RAG. ist zunächst festzustellen, daß auf noch nicht fälligen Tariflohn überhaupt nicht wirksam verzichtet werden kann, weil das mit dem Grundsatz der Unabhängigkeit unvereinbar wäre. . . . Verzicht auf verdienten Lohn ist dagegen zwar zulässig und kann stillschweigend erfolgen. Der Arbeitnehmer darf aber nicht unter wirtschaftlichem Druck gehandelt haben. Zwar genügt die bloße Tatsache, daß der Arbeitnehmer wirtschaftlich vom Arbeitgeber abhängig ist, nicht, um „wirtschaftlichen Druck“ annehmen zu können; es müssen vielmehr besondere Umstände noch hinzukommen. Diese Umstände liegen hier vor, wenn die Klägerin, wie sie unwiderlegt behauptet, den Lohn ohne die tariflich vorgesehene Mehrvergütung aus Furcht vor Kündigung angenommen hat. . . . Auch insoweit liegt also ein wirksamer Verzicht auf den Klageanspruch nicht vor.

Endlich war noch zu prüfen, ob aus dem Verhalten der Klägerin bei und nach ihrem Weggange von der Beklagten auf einen Lohnverzicht geschlossen werden kann. Auch das ist zu verneinen. Das RAG. billigt in einer neueren Entscheidung sogar den Standpunkt des Berufungsgerichts, „der Umstand, daß der Kläger nicht sofort nach seiner Entlassung seine Nachforderung geltend gemacht habe, sondern erst einige Monate habe verstreichen lassen, enthalte kein Verhalten, das als stillschweigender Ausdruck des Verzichtswillens. . . . habe aufgefaßt werden können.“ Selbst wenn man nicht so weit gehen will, kann man doch mit gutem Grund sagen, daß eine stillschweigende Verzichtserklärung nicht schon dann angenommen werden kann, wenn der Arbeitnehmer sich bei seinem Ausscheiden aus der Beschäftigung seine Ansprüche nicht vorbehalten hat. . . . Zudem läßt die unwiderlegt gebliebene Tatsache, daß die Klägerin bei ihrem Ausscheiden aus den Diensten der Beklagten sich geweigert hat, die ihr vorgelegte Ausgleichsrechnung zu unterschreiben, auch nach den Grundätzen von Treu und Glauben darauf schließen, daß sie auf ihre Lohnansprüche keineswegs verzichten wollte, da eine andere Auslegung dieses Verhaltens eine ausreichende Begründung nicht finden kann.

Zigarettenherstellung

Keine Kontingentierung mehr

Durch Gesetz vom 22. Dezember 1929 war dem Reichsminister der Finanzen die Ermächtigung erteilt worden, in der Zeit bis zum 31. März 1931 jeweils für die einzelnen Rechnungshalbjahre die Gesamtmenge der zu versteuernden und im Inland herzustellenden Zigaretten zu bestimmen. Die Festlegung der für die verschiedenen Betriebe genehmigten Zigarettenmengen erfolgte in Hundertteilen des dem einzelnen Zigarettenherstellungsbetrieb zugeteilten Kontingentfußes. Mit der Notverordnung vom Juli 1930 wurde dann die Dauer der Zigarettenkontingentierung um ein Jahr verlängert, so daß sie, da eine weitere Verordnung des Reichsministers der Finanzen in dieser Sache nicht erschienen ist, mit dem 31. März dieses Jahres ihr Ende erreicht hat.

Entscheidungen des Schlichtungsausschusses

Am 30. April trat der Schlichtungsausschuss für das Rauchtobak- und Schnupftobakgewerbe unter dem unparteiischen Vorsitzenden Herrn Dr. Stenzel in Hamburg zusammen, um über drei Fälle zu entscheiden. Im ersten Fall, der die Firma Martin Brinkmann AG. in Bremen betraf, war von Unternehmerseite Herr Dr. Tafeking, Syndikus des Gemischt-industriellen Arbeitgeberverbandes in Bremen, als Beisitzer mit in Vorschlag gebracht worden. Hiergegen erhoben die Arbeitnehmervertreter Einspruch, weil Dr. Tafeking nicht Angehöriger des Tabakgewerbes sei. Nach dem Wortlaut des Tarifvertrages besteht der Schlichtungsausschuss aus Vertretern des Tabakgewerbes auf beiden Seiten. Die Arbeitnehmerseite behauptet, daß darunter Mitglieder zu verstehen seien. Die Arbeitgeberseite bestreitet dies. Die Verhandlung im Falle Brinkmann mußte deshalb vertagt werden, weil zuerst gemäß § 93 des Arbeitsgerichtsgesetzes über die Ablehnung eines Beisitzers die Kammer des Arbeitsgerichts entscheiden muß, das für die Geltendmachung des Anspruches zuständig wäre.

Der nächste Fall betraf die Firma Gebrüder Crüwell in Bielefeld. Diese Firma hat hinsichtlich ihrer

Arbeitszeit

eine Betriebsvereinbarung, wonach mit Ausnahme des Sonnabends 8½ Stunden täglich ohne Pause und am Sonnabend 5½ Stunden gearbeitet wird. Durch Kurzarbeit ist längere Zeit im vergangenen Jahre nur 3 Tage in der Woche gearbeitet worden. Gelegentlich hat die Firma an diesen 3 Tagen dann mehr als 8½ Stunden arbeiten lassen, ohne eine besondere Vereinbarung über die Arbeitszeit zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung — nach Angabe des Arbeitnehmervertreters, zu treffen. Ein Arbeitgebervertreter der Firma Gebrüder Crüwell war nicht anwesend, so daß nicht festgestellt werden konnte, ob es zutrifft, daß keine Vereinbarung über die anders geleitete Arbeitszeit getroffen worden ist. Auch aus der vorgelegten Korrespondenz war dies nicht zu ermitteln.

Es ergeht folgender einstimmiger Spruch des Schlichtungsausschusses:

Die Firma Gebrüder Crüwell, Bielefeld, ist verpflichtet, für die über 8½ Stunden hinausgehende Arbeitszeit den tariflichen Ueberstundenzuschlag zu zahlen, es sei denn, daß eine bindende Vereinbarung über die Verlängerung der Arbeitszeit an diesen Tagen getroffen worden ist.

Auch der letzte Fall betraf die Firma Gebrüder Crüwell in Bielefeld. Diese Firma zahlt ihren Vorarbeitern gewisse prozentuale Zuschläge auf den tariflichen Stundenlohn. Bei der gesetzlichen

Lohnherabsetzung

nach der Vierten Notverordnung hat die Firma Crüwell, abgesehen von dem zwischen den Organisationen vereinbarten 15prozentigen Lohnabschlag auch noch den Zuschlag für die Vorarbeiter besonders abgebaut. Die Arbeitnehmerseite hält dies für unzulässig. Sie ist der Auf-

fassung, daß diese Zuschläge Bestandteil des Tarifes geworden seien. Die Arbeitgeberseite bestreitet dies und betrachtet diese Zuschläge für Vorarbeiter als besonders vereinbarte Lohnerhöhungen für den einzelnen Arbeiter, die nach Kündigung anders vereinbart werden können.

Der Schlichtungsausschuss fällt einstimmig folgenden Spruch:

Die Firma Gebrüder Crüwell, Bielefeld, war nur dann berechtigt, die ihren Vorarbeitern gewährten Leistungszulagen zu ändern, wenn sie vorher diese Leistungszulagen ordnungsmäßig gekündigt bzw. neu vereinbart hat.

Gustav Tixe †

Wiederum gebietet uns die Pflicht, der Kollegenschaft von dem Ableben eines Veteranen der Tabakarbeiterbewegung Kenntnis zu geben. Unser alter und treuer Kollege Gustav Tixe weilt nicht mehr unter den Lebenden.



Am 21. Mai 1864 in Breslau geboren, wurde er Zigarrenarbeiter und schloß sich, unterm Sozialistengesetz und kaum zwanzig Jahre alt, dem eben erst ins Leben gerufenen Reiseunterstützungsverband deutscher Tabakarbeiter an. Seitdem gehörte er ohne Unterbrechung der freigewerkschaftlichen Tabakarbeiterbewegung an, zu jeder Zeit bereit, sein Bestes herzugeben und seine ganze Person in den Dienst der guten Sache zu stellen. Dabei mußte er auch mit dem Gefängnis Bekanntschaft machen, weil er bei einem Kaiserhoch in einer Versammlung sitzen geblieben war. Am 1. Januar 1915 übernahm er dann die Geschäfte der Zahlstelle Breslau, die er bis zu seiner Pensionierung Ende 1929 zur vollen Zufriedenheit nicht nur der Breslauer Kollegenschaft, sondern auch des gesamten Verbandes geführt hat. Nebenbei hat er während der Kriegszeit vertretungsweise auch den Gau Breslau mit geleitet.

Der zu seinem 65. Geburtstag im „Tabak-Arbeiter“ geäußerte Wunsch, ihm möge noch ein recht langes Leben beschieden sein, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Ein schweres Leiden warf ihn aufs Krankenlager, von dem er sich nicht wieder erholen sollte. Am 28. April schloß er seine Augen für immer. Seiner Frau möge aber als Trost dienen, daß nicht nur die Breslauer und schlesische Tabakarbeiter, sondern alle, die ihn kannten und mit ihm zu tun hatten, ihm als Mensch und Kollege für immer ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Tabakarbeiter im Preußenparlament

Am 24. April sind unsere Kollegen Wilhelm Christange in Eisleben und

Hugo Eberle in Görlich,

die bisher der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtags angehört haben, nicht wiedergewählt worden. Wir bedauern das außerordentlich, weil beide immer zur Verfügung standen, sobald sie vom Vorstand gebeten wurden, im Preußischen Landtag oder bei der preußischen Regierung für die Interessen der Tabakarbeiter einzutreten. Besonders, wenn es sich um Fragen der Tabakbelastung und Fragen der Sonderunterstützung handelte, haben sie der Kollegenschaft manchen guten Dienst erwiesen. Es wäre ungerecht, dies bei ihrem Scheiden aus dem Preußenparlament nicht dankbar anerkennen zu wollen.

Wir haben jedoch nicht nur darüber zu berichten, daß unsere Kollegen Wilhelm Christange und Hugo Eberle dem Preußenparlament nicht mehr angehören, sondern können zu gleicher Zeit mitteilen, daß die Tabakarbeiterenschaft auch fernerhin im Preußischen Landtag nicht ohne Fürsprecher sein wird. Auf der sozialdemokratischen Liste in Westfalen-Nord ist nämlich der frühere Zigarrenfortierer und jetzige Lagerhalter

Karl Berg in Neesen b. Minden neu in den Preußischen Landtag gewählt worden. So wie uns Karl Berg, Sohn unseres Bevollmächtigten in Kaiserslautern, bekannt ist, glauben wir, den Kolleginnen und Kollegen die Versicherung geben zu können, daß er, ebenso wie Wilhelm Christange und Hugo Eberle bisher, immer zur Stelle sein wird, wenn es gilt, die Interessen der Tabakarbeiter in Preußen wahrzunehmen.

Bekanntmachungen

Am 7. Mai ist der 19. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 18. April. Münster 10.42.
- 22. Gießen 640.17.
- 24. Nordhausen 700.—, Dresden 2000.—, Rotenburg 36.15.
- 25. Everode 90.95, Danzig 150.—, Dresden 1000.—.
- 26. Barel 3.15, Bruchsal 200.—.
- 27. Hildorf 44.80, Plön 100.—, Unterhainriet 25.55.
- 29. Leopoldshöhe 12.45, Kaiserslautern 100.—.
- 30. Nordhausen 400.—, Berlin 250.—, Gießen 56.—, Hanau 109.05.

Bremen, den 3. Mai 1932. J. K r o h n.

Berichte aus Gauen und Zahlstellen

Frankenberg. Am 19. April fand im Gewerkschaftsheim eine Mitgliederversammlung statt. Gauleiter Kollege Schomburg sprach über den Krisenkongreß der Gewerkschaften und dessen Beschlüsse. (Da sich die Ausführungen des Kollegen Schomburg mit den von ihm in der Versammlung in Geroldsgrün gemachten Beden, sehen wir hier von einer Wieder-gabe ab. Redaktion des „Tabak-Arbeiter“.) In der einseitigen Diskussion führte Kollege Kerstenhan aus, daß die Gewerkschaften mehr dem Lehrlingswesen und den Jugendlichen ihr Augenmerk widmen sollten, da seitens der Unternehmer die Ausnützung der Jugendlichen und Beirlinge aufs Höchste gesteigert sei. Kollege Schomburg gab bekannt, daß die Gewerkschaften jederzeit bemüht waren, zum Schutze der Jugendlichen und des Alters ihre ganzen Kräfte einzusetzen. Hierauf gab Kollege Fischer den Kasernenbericht. Einstimmig wurde demselben Entlastung erteilt. Zum Schluß wurden verschiedene Anfragen über die Mitgliederbewegung vom Kollegen Fischer beantwortet.

Geroldsgrün. In der am 27. April stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Gauleiter Kollege Schomburg über Gewerkschaftskongreß und Arbeitsbeschaffung. In seinem sehr guten Referat führte er u. a. folgendes aus: 25 Millionen Arbeitslose in der Welt, davon über 6 Millionen in Deutschland, kennzeichnen die gewaltigste aller Weltwirtschaftskrisen, von der besonders Deutschland schwer betroffen ist. Eine sichtbare Besserung in der Weltwirtschaft erscheint zurzeit sehr zweifelhaft. Aus diesem Grunde muß der deutsche Staat selber Arbeit schaffen, um so die Krise abzuschwächen oder mindestens ein weiteres Abwinken zu verhindern. Es ist sehr gut möglich, zunächst für 1 Million Arbeitslose für ein Jahr Arbeit zu verschaffen. Hierdurch würde dann auch die Konsumgüterindustrie wieder etwas angekurzelt, was wiederum eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes bedeutet. Die Gewerkschaften vertreten durchaus nicht die Schwierigkeit der Finanzierung dieses Planes. Millionen Reichsmark hat der deutsche Staat der Industrie, den Agrariern und den Bankfürsten gegeben. Jetzt, wo einmal für die Arbeitslosen und somit für die Volkswirtschaft etwas getan werden soll, argumentiert die Reichsregierung, dazu sei kein Geld aufzubringen. Jedoch verweisen die Gewerkschaften darauf, daß die 2 Milliarden Reichsmark, die zu dem von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Arbeitsbeschaffungsprogramm nötig sind, durch eine vollständige Arbeitsbeschaffungsanleihe, sowie durch die Ersparnis, die durch Arbeitslosenunterstützung eintritt, ferner durch Mehreinnahme an Steuern und Arbeitslosenbeiträgen, von der Million Arbeitsloser, die dann in Arbeit treten, beschafft werden kann. Weitere Zehntausende könnten durch Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche Arbeit und Brot erhalten. Die Vertreter der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, verlangen von der Reichsregierung endlich, auch einmal für die Arbeiter, die durch die Notverordnungspolitik am härtesten von allen Volksschichten betroffen worden sind, etwas zu tun. Hat der Staat für die Unternehmer und damit zur Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft Mittel zur Verfügung gestellt, so muß auch Geld zur Arbeitsbeschaffung im Interesse des gesamten Volkes und im ureigensten Interesse des Staates aufgebracht werden können. Darum der Ruf an die Reichsregierung: „Beschafft Arbeit!“ Unter „Beschaffenes“ fordert Kollege Kohl die Kollegenschaft auf, da sie jetzt wieder vollarbeitete, jede Woche ihren Verbandsbeitrag zu zahlen. Dies muß schon aus Solidarität mit den arbeitslosen Verbandsmitgliedern geschehen, damit diese ihre bisherige Verbandsunterstützung weiter erhalten können.

Heidelberg. Die Rauchtabakarbeiter-Schaft Heidelbergs nahm in einer gut besuchten Versammlung am 29. April Stellung zur Kündigung des Reichstarif für die Rauchtabakindustrie durch den Fabrikanten-Verband. Einmütig war man der Meinung, daß örtliche Lohnvereinbarungen abzulehnen sind. Die Rauchtabakarbeiter-Schaft wird sich gegen jede Verschlechterung zu wehren wissen. Keinesfalls wurde die letzte Lohnsenkung vom 1. Januar 1932 auch nur annähernd durch die Preisenkungsausgleichung ausgeglichen, so daß eine weitere Verschlechterung sich katastrophal für die Arbeiterschaft auswirken müßte. Nach einer sehr reichhaltigen Diskussion fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme: Die heutige Versammlung der Heidelberger Rauchtabakarbeiter ist der Auffassung, daß das Lohn- und Arbeitsverhältnis wie bisher reichstarrlich geregelt werden soll, weil ein derartiger Zustand nur im Interesse der Gesamtindustrie liegt. Alle Versuche, einen anderen Zustand herbeizuführen, lehnt die Versammlung mit aller Entschiedenheit ab und ist bereit, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln dafür einzustehen. Zugleich erklärt die Versammlung, den letzten Tabakarbeiter für unsere Kampforganisation heranzuziehen und nur den Anweisungen der Organisation zu folgen.

Jastrow. In der am 15. April stattgefundenen Mitgliederversammlung, welche sehr gut besucht war, entspann sich eine längere Debatte. Kritisiert wurde vor allem das Verhalten unseres Vorstandes beim Lohnabbau durch Notverordnung. (?) Von den Mitgliedern wurde festgestellt, daß unsere gegenwärtigen Beiträge in keinem Verhältnis zu den Beiträgen der Vorkriegszeit stehen. Der Lohnabbau durch Notverordnung bedeutet einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Da die Preisenkung unserem Lohnabbau nur zu 50 Prozent nachkommen ist, stellen wir an den Verbandsvorstand das Ersuchen, bei den kommenden Verhandlungen im Rauch- und Schnupftabakgewerbe die Ungerechtigkeiten aus unserem letzten Lohnabbau wieder weitzumachen, und die Einführung der 40-Stunden-Woche sowie eine Lohnerhöhung von 17 Prozent als Ausgleich zu fordern. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die Beitragsätze sind zu ermäßigen bei gleichzeitiger Erhöhung der Leistungen und zwar nach folgendem Schema: Die Unterstützungsdauer für die Mitgliederjahre erhöhen sich, und zwar von 1—5 Mitgliedsjahren in bestehender Höhe um je 1 Woche pro Jahr, und von 6—10 Mitgliedsjahren um je zwei Wochen pro Jahr für frante und erwerbslose Mitglieder. Die Wartzeit wird von 52 Wochen auf 26 Wochen herabgesetzt. Die Beiträge werden durchschnittlich um 10 Prozent gesenkt und auf volle 5 Pf. nach unten abgerundet. Das Statut wird dementsprechend geändert. Sollte es nicht möglich sein, ohne Verbandstag im angegebenen Sinne zu verfahren, bitten wir, dieses auf dem kommenden Verbandstag zu erörtern. Die Mitglieder vertreten hierbei die Ansicht, daß es durchaus möglich ist, wenn man die letzte Abrechnung des Hauptvorstandes in Betracht zieht. Gleichzeitig sollen damit Löhne und Beiträge der Vorkriegszeit mit den Löhnen und Beiträgen der Gegenwart in Einklang gebracht werden, da der durchschnittliche Verdienst der Tabakarbeiter knapp die Löhne der Vorkriegszeit erreicht.“

Anmerkung der Redaktion. Um keine Hoffnungen aufkommen zu lassen, denen später die Erfüllung versagt bleiben muß, möchten wir von vornherein betonen, daß die sicher gut gemeinten Anträge der Zahlstelle Jastrow in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden können. Bei der starken und langanhaltenden Belastung der Verbandskasse infolge der großen Arbeitslosigkeit ist es nicht einmal möglich, die Beiträge ohne gleichzeitige Herabsetzung der Leistungen zu senken,

über die Leistungen ohne gleichzeitige Erhöhung der Beiträge zu erweitern. Beides auf einmal machen zu wollen, würde jedoch in kurzer Zeit den finanziellen Ruin des Verbandes herbeiführen, woran gerade die Kollegenchaft in Jastrow angesichts des Verhaltens der Unternehmer im Rauchtabak- und Schnupftabakgewerbe doch wirklich kein Interesse haben könnte. Wir sehen im Augenblick davon ab, mit Zahlen aufzuwarten, möchten der Kollegenschaft in Jastrow jedoch empfehlen, sich nicht nur die Abrechnung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes etwas genauer anzusehen, sondern auch die von uns dazu gemachten Ausführungen im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 18 zu berücksichtigen.

Zu spät und überholt!?

Durch Umfrage bei den Gauleitern und Ortsbeamten haben wir festgestellt, daß der „Tabak-Arbeiter“, obgleich er noch vor Wochenschluß in den Besitz der Zahlstellenverwaltungen gelangt, in sehr vielen Fällen den Verbandsmitgliedern nicht rechtzeitig ausgehändigt wird. Das macht sich besonders dann unangenehm bemerkbar, wenn es sich — wie bei der Matfeier, bei Wahlen usw. — um Artikel, Aufrufe und Notizen handelt, die überholt sind, wenn das Verbandsorgan zu spät verteilt wird.

Bei den Wahlen und der Matfeier in diesem Jahre haben wir uns dadurch zu helfen versucht, daß wir in zwei aufeinanderfolgenden Nummern des „Tabak-Arbeiter“ Artikel und Aufrufe zur gleichen Sache gebracht haben. Immer läßt sich so etwas jedoch nicht durchführen, und ein Idealzustand ist das auch nicht. Für die Zukunft werden wir deshalb, soweit nicht zwingende Gründe dagegensprechen, Artikel usw., die auf einen bestimmten Tag eingestellt sind, nach Möglichkeit schon eine Woche früher bringen. So veröffentlichen wir in dieser Nummer des „Tabak-Arbeiter“ bereits einen Pfingstartikel von Dr. Gustav Hoffmann, obgleich er, genau genommen, erst in der nächsten Nummer fällig wäre.

Auf der anderen Seite möchten wir jedoch an die Zahlstellenverwaltungen das dringende Ersuchen richten, einmal nachzuprüfen, ob es sich nicht ermöglichen läßt, allen Verbandsangehörigen ihr Organ rechtzeitig zuzustellen. Bei gutem Willen und richtiger Einteilung wird und muß es gelingen, die Fälle, wo Kollegen und Kollegen den „Tabak-Arbeiter“ zu spät bekommen, auf ein Minimum herabzudrücken.

Gummiwaren Hygien. Artikel. Preisl. T 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobstraße 8

Großer Preisabbau!
Billige böhmische Bettfedern



1 Pfd. graue, gute, geschliffene Bettfedern 60 %, bessere Qualität 80 %, halbweiße, 60 %, weiße, flammige geschliff. 1.50, 1.90, 2.50 A., feinste geschliff. Halbflaum-Herzschaf-Federn 3., 4., 5., Kuschelfedern ungeschliffen, mit Flaum gemengt, halbweiß 1.35 A., weiß 1.95 A., weißer, allerfeinster Flaumrapp 2.25, 3.25, 4.25. Mutter u. Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge sofort gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an auch portofrei. Rückpaßendes wird umgetauscht oder Geld zurück.
S. Bensch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 902, Böhmen

Die Frauenarbeit in der Nachkriegszeit

Es ist eine allgemein verbreitete Ansicht, daß im Zeitalter der modernen Industrie, insbesondere während und seit der Kriegszeit, Frauen in einem früher nie gekannten Umfang in das Wirtschaftsleben eingebunden sind. Die schlechte Lage des Arbeitsmarktes wird sogar gelegentlich darauf zurückgeführt, daß der Wettbewerb der Frauenarbeit heute stärker ist als früher. Antonina Ballentin hat nun im Mai-Heft der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ den Versuch unternommen, alle Unterlagen, die über die Entwicklung der Frauenarbeit in der Nachkriegszeit Aufschluß geben, zusammenzustellen. Sie kommt dabei zu folgenden bemerkenswerten Ergebnissen:

Die Zunahme der Frauenarbeit erfolgte in größerem Umfange seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In den Vereinigten Staaten vergrößerte sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen in der Zeit von 1870—1880 um 43,2 v. H., während die weibliche Bevölkerung in demselben Zeitraum nur um 31,6 v. H. zunahm. Im folgenden Jahrzehnt ist das Eindringen der Frauen in die Erwerbstätigkeit noch auffallender. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen nimmt um 54,4 v. H. zu, während die der weiblichen Bevölkerung nur um 25,5 v. H. ansteigt. In Frankreich waren 1866 4,6 Millionen Frauen gegen Entgelt beschäftigt. Der Anteil der Frauenarbeit in Deutschland ist um diese Zeit etwa genau so groß. 1882 zählte man 5,5 Millionen erwerbstätige Frauen, das sind ungefähr ein Viertel der gesamten weiblichen Bevölkerung. 1895 war diese Zahl bereits auf 6,5 Millionen und 1907 auf 9,4 Millionen oder 30 v. H. der weiblichen Bevölkerung angewachsen. In England ist die Zu-

nahme der Frauenerwerbsarbeit im Vergleich zu den drei genannten Staaten nur sehr viel langsamer erfolgt: von 4 Millionen im Jahre 1891 auf 4,1 Millionen im Jahre 1901. Da aber die Bevölkerungszahl stieg, bedeutet dies sogar eine relative Verringerung der Zahl der erwerbstätigen Frauen von 28,9 v. H. auf 24,8 v. H. In den beiden Ländern, in denen die Frauenarbeit einen sehr großen Umfang hat, nämlich Italien und Oesterreich, nimmt, wie Gertrud Bäumer festgestellt hat, die Frauenarbeit besonders auffallend ab.

Stellt man diesen Zahlen diejenigen für 1920/21 gegenüber, so ergibt sich, daß von 18 miteinander vergleichbaren Staaten die Frauenerwerbsarbeit in 6 Staaten zugenommen hat, und daß in denselben Staaten auch der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen gestiegen ist. In allen übrigen Ländern hat die Frauenerwerbsarbeit nachgelassen. In größerem Umfange ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen lediglich in Deutschland (um 5,2 v. H.) angewachsen. Die Vereinigten Staaten weisen nur einen Zuwachs von 2,2 v. H., England und Wales 8,7 v. H. und die Schweiz von 2,8 v. H. auf. Dagegen hat die Frauenerwerbsarbeit in sehr viel größerem Maße abgenommen: in Oesterreich um 12,6 v. H., in Belgien um 7,9 v. H., in Dänemark um 10,1 v. H. und in Italien um 5,6 v. H.

Die größte absolute und relative Zunahme der Frauenerwerbsarbeit läßt sich in Deutschland feststellen, das in dieser Hinsicht eine Ausnahme bildet. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen stieg in Deutschland von 8,5 Millionen im Jahre 1907 auf 11,5 Millionen im Jahre 1925, in relativen Zahlen ausgedrückt von

30,4 v. H. auf 35,6 v. H. der Gesamtzahl der weiblichen Bevölkerung. Seit der letzten Volkszählung hat sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen erneut erhöht. Das Land, das den höchsten Hundertsatz der erwerbstätigen Frauen und auch die größte Zahl der erwerbstätigen verheirateten Frauen aufweist, ist Frankreich. 1906 waren 6,6 Millionen Frauen beschäftigt, 1921 waren es bereits 7,4 Millionen, wenn man von dem Gebietszuwachs abzieht. Einschließlich Elsaß-Lothringen beläuft sich die Zahl der beschäftigten Frauen sogar auf 8,6 Millionen. Nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1926 ist diese Zahl allerdings auf 7,8 Millionen gefallen. In derselben Zeit nahm die Bevölkerung um eine halbe Million zu.

Die Landwirtschaft war derjenige Erwerbszweig, in dem Frauen zuerst beschäftigt waren. Je wichtiger die Landwirtschaft in einem bestimmten Gebiet ist, um so größer pflegt auch der Anteil der erwerbstätigen Frauen zu sein. Das läßt sich deutlich durch die Unterschiede zwischen einzelnen österreichischen Provinzen beweisen, wo nach der Zählung von 1923 in Wien 48,2 v. H., in Niederösterreich 65,7 v. H., in Tirol 67,27 v. H. und in Kärnten sogar 71,97 v. H. der Frauen im erwerbsfähigen Alter beschäftigt waren. Durch die sich ausbreitende Industrialisierung haben die Frauen die sich ihnen neu bietenden Arbeitsmöglichkeiten ergriffen. Die vorhandenen Statistiken zeigen aber, daß mit wenigen Ausnahmen die Frauenarbeit im ganzen gesehen stationär geblieben oder sogar gefallen ist.

Es wäre nun von größtem Interesse, einmal zu untersuchen, welche Veränderungen sich in der Art der Frauenarbeit ergeben haben. Wenn in bestimmten Be-

19) Nur ein Dienstmädchen

Von E. Fraple

Fräulein Bourdot trippelte schweigend, mit kleinen und lebhaften Schritten, einher; Schlüsselbunde hingen an ihrem Gürtel. Thésaurin nahm viel Raum für sich in Anspruch, er war grobknochig gebaut, seine Hände würden das Vermögen eines Mörders gebildet haben. Bald durchbohrte sein Blick die Wände, bald las er herumliegende Gegenstände auf. Er hatte einen verhältnismäßig kleinen Kopf und krauses, rotblondes Haar. Beim Sprechen zermalmt er mit seinem Gebiß die Worte wie Hühnerknochen. Sein Lachen zitterte in einer groben, gekrümmten Nase nach.

Der Notar vermittelte die wahre Ehe: die Vereinigung der Güter und Kapitalien. Die Brautleute baten den Maire und den Geistlichen, soviel als möglich an Zeit und Kosten zu sparen. Die Trau-

zeugen wurden eiligst nach einem frugalen Mahl verabschiedet. Die Freude war davon nicht ausgeschlossen gewesen, und zwar aus dem guten Grunde, weil niemand sie mitgebracht hatte.

Gleich bei der ehelichen Inventuraufnahme bemerkte Thésaurin, daß seine Frau ihm einen Fehltritt verborgen hatte. Infolgedessen legte er diese eifige und unwiderstehlich beeinflussende Kennerniene ihr gegenüber an den Tag, welche die verstecktesten Geheimnisse hervorlockt.

Einen Monat nach der Trauung, an einem dieser schönen Nachmittage der Normandie, wo die Natur ein vorteilhaftes Abschließen von Verträgen begünstigt, fand wirklich das fatale Bekenntnis in dem riesigen, feuchten Speiseaal, in dem die eichenen Möbel vor Alter krachten, statt.

Nach den ersten, mit Anstrengung in Art einer Duvertüre hervorgefammelten Worten skandierte Thésaurin eine Ermutung mit abgemessenen Zähneaufeinander schlagen:

„Ich erwarte irgendein Geständnis von Ihnen, sprechen Sie freimütig, meine Nachsicht wird die Mitschuld der Umstände würdigen.“

„Wahrhaftig,“ stöhnte die Sunderin, „das war die Langeweile, welche mich zu dieser nicht wiedergutzumachenden Schwäche verleitete. Die Langeweile ist ein furchtbares Uebel, welche eine Zeitlang den freien Willen ausschaltet, um ihn besser auf eine verderbliche Handlung hinzulenken... Ich lebte allein mit meiner Tante, wir hatten mit niemand Verkehr; ich war Verdrießlichkeiten enthoben, meine Einkünfte vermehrten sich stetig; ich brauchte nur glücklich zu sein. Nun gut, im Alter von etwa 30 Jahren ergriff mich plötzlich ein Ueberdruß über diese ganze Art der Beschäftigung; die Schneiderei, das Lesen, bekam ich satt; den Hühnern Futter geben, in die Kirche gehen, Häkelarbeit machen, die Giebkanne schwenken, mit der Baumschere hantieren, keine dieser bei wohlhabenden Mädchen sonst üblichen Zerstreuungen erregte meinen Tätigkeitsdrang

„Geht hin in alle Welt!“

zufen die Frauenarbeit zugenommen hat, müßte sie in anderen entsprechend abgenommen haben. Eine Verringerung des Umfangs der Frauenarbeit müßte allgemein vor allem in der Landwirtschaft nachzuweisen sein. Das ist auch tatsächlich der Fall. In Deutschland waren 1926 4,8 Millionen Männer und 4,96 Millionen Frauen in der Landwirtschaft tätig. Gleichwohl fiel jedoch der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen im Vergleich mit der Gesamtzahl der erwerbstätigen Frauen von 47 v. H. im Jahre 1907 auf 43,8 v. H. im Jahre 1926. Auch für Frankreich und für England läßt sich feststellen, daß die Frauenarbeit in der Landwirtschaft abgenommen hat. In fast allen Ländern ist ferner die Zahl der als Hausgehilfen beschäftigten weiblichen Personen zurückgegangen.

Überprüft man, welchen gewerblichen Berufen sich die früher in der Land- und Hauswirtschaft tätigen Frauen zugewendet haben, so ergibt sich, daß selbst in Deutschland, wo während der letzten 20 Jahre so tiefgehende wirtschaftliche Veränderungen vor sich gegangen sind, die Zunahme der Frauenarbeit in gewerblichen Berufen kaum der allgemeinen Bevölkerungszunahme entspricht, so daß nicht einmal hier von einer plötzlichen Ueberflutung des Arbeitsmarktes durch die Frauen gesprochen werden kann. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Frauen stieg in Deutschland von 1907 bis 1925 um ungefähr 1 Million.

Die Verfasserin, deren Ausführungen wir hier nur andeutungsweise wiedergeben, glaubt feststellen zu können, daß zwischen dem Anteil der erwerbstätigen Frauen in einem Lande und der Gesamtzahl der erwerbstätigen Bevölkerung einerseits sowie der gesamten weiblichen Bevölkerung andererseits ein bestimmtes Verhältnis besteht. Die allgemeine Behauptung, daß die Frauenarbeit in der Nachkriegszeit in ungewöhnlich großem Maße zugenommen hat, wird durch die tatsächliche Entwicklung nicht bewiesen.

In seinem ursprünglichen, eigentlichen Wesen war das Pfingstfest das Fest der Begeisterung von einer Idee und des innerlichen Drängens, nun diese Idee allen Menschen zu künden.

„Geht hin in alle Welt!“ Dieses Wort stand über dem Beginn einer bedeutamen geschichtlichen Bewegung. Aus solchem Ründen der Idee an alle Menschen wurde sie so gewaltig.

Pfingsten ist das Fest der Werbekraft einer Idee und der Notwendigkeit des Werbens für einen Gedanken.

Aber Pfingsten ist auch das Fest der Feier des Geistes. Es war das Fest des Heiligen Geistes immer. Es kann auch uns kämpfern symbolisch das Fest des Geistes, das Fest der sittlichen Tiefe unserer Idee sein. Und damit das Fest des Werbens für das Göttliche unseres heiligen Gedankens.

In Elend und Not lebten einst jene Menschen, denen das neue Evangelium gekündet wurde. Römischer Kapitalismus beherrschte die Welt. Wie nie zuvor in der Geschichte war die Menschheit des weiten römischen Reiches, in dem der Messias erstanden, zerrissen in Fülle und Not, Ueberfluß und Elend. Die Sklavenaufstände, die sozialen Erhebungen waren Zeichen jener Zeit.

Es ist begreiflich, daß diese Menschen damals für eine neue Idee der Gerechtigkeit und Liebe empfänglich waren in all ihrer Welt der Ungerechtigkeit und Rohheit. Und sie lauschten der Lehre und folgten den Ründern. Sie, die Unterdrückten und Armen und Beknechteten.

Sie glaubten. Jene Praffer und Schlemmer, jene Ausbeuter, jene Herrenmenschen, die als Hausbesitzer die Massen zusammenpferchten auf allerengstem Raum in hohe Häuser und niedrige Zimmer, weit schlimmer als heute, diese Elenden hatten keinen Sinn für einen sittlichen Gedanken, den man da kündete. Was scherte jene Menschen des Luxus

das Göttliche? Da, wo der Mensch nichts hatte als sich selbst, da fand die Lehre von dem Reiche der Liebe neue Jünger.

Und sie spotteten dieser „Proleten“. Diese satten und selbstgefälligen Menschen des Luxus und der Verschwendung lachten über die Proleten-Jünger der neuen Lehre. Bestanden die neuen Gemeinschaften doch „aus ungebildeten Leuten, aus Handwerkern und alten Mütterchen“. Waren doch „nur Sklaven, Weiber und Kinder“ dem werbenden Worte gefolgt. Wie es Paulus auch schon ausgesprochen hat, wenn er, dieser erste Agitator, sagte: „Geht, Brüder! Es sind nicht viele Mächtige, nicht viele Vornehme unter uns!“

Und diese Proleten brachten die Welt unter ihre Lehre. Die Werbekraft des proletarischen Worts brachte die Erde in ihren Bann. Aber die Mächtigen verstanden es dennoch, stark zu sein. Hier Wirtschaft und da Religion. Hier Arbeit und da sittlicher Glaube. Zerrissenheit, immer krasser und furchtbarer bis heute.

Und wieder kamen Proleten mit heiligem Wort. Wieder erstand neu die Lehre der Liebe in den Einsachen und Armen. Und wieder kündeten sie aller Welt das große Neue, das nur in Freiheit und Gemeinschaft möglich ist. Und wieder lauschten die Menschen des Erdballs. Wieder wurde der sittliche Gedanke der Gedanke der Welt. Verspottet von den Mächtigen. Und doch siegend.

Ein feierliches Pfingsten ist unsere ganze Zeit. Es brennt uns im Herzen, und wir werden. Aus der Not steigt der neue göttliche Gedanke der Wahrheit und des Rechts herauf. Doch nimmer läßt er sich in Zukunft von den Mächtigen wieder in ihre Interessen spannen. Jetzt gestaltet der sittliche Gedanke das Weltbild. Jetzt formt der göttliche Glaube die Ordnung der Erde.

Und die neue Zeit der Freiheit und Liebe bricht endlich an.

Dr. Gustav Hoffmann

mehr. Ganze Tage gingen in düsterer Niedergeschlagenheit dahin; ich saß da, um auf die Mahlzeiten zu warten, der Geist stand still, die Augen nahmen nichts wahr, die Hände lagen gefaltet, tot da. Und trotzdem fühlte ich, daß irgend etwas... das Beste meines Lebens, von mir gehen wollte! Im April bekam die Landschaft ihr junges Grün, die Seele der Pflanzen entströmte in duftender Blütenpracht... O! Ich zitterte vor Verwirrung, — ich fühlte, daß ich Lust hatte, das Verbotenste, das Sträflichste zu tun! Ich wußte nicht was; aber bei wiederholtem Nachdenken gestattete mir das bißchen Vernunft, was mir noch blieb, scharf, ohne Möglichkeit des Irrtums, diesen unwürdigen Drang zu erkennen: ich hatte Lust, Geld auszugeben! Meine Qual konnte aus keiner anderen Quelle stammen, das Beste meines Wesens, das mich verlassen wollte, das konnte nur die sparsame Besonnenheit sein. Wußte ich nicht aus vagen Gerüchten, aus Erinnerung an Gelesenes, daß Leute sich daran vergnügten, unziemlich Geld zu vergeu-

den! Wie wenn man Befriedigung darin finden könnte, den Apfelwein aus dem Faß auf den Boden zu gießen!“

Seine erschrockene Frau hielt einen Augenblick inne, dann fuhr sie fort: „Ich hatte mir besonders gemerkt, daß müßige Kreaturen in den großen Modeschäften, aus bloßer Freude daran, Einkäufe machten. Geld in der Hand zu haben, gewährte ihnen Zerstreuung, ohne das Spielen mit den Goldstücken hätten sie sich gelangweilt! Mit einem Wort, ich machte die entsetzliche Wahrnehmung, daß aus den Händen gleitendes Geld ein Vergnügen gewähren konnte, das demjenigen analog war, welches es bereitete, wenn es in die Kassetten floß.“

Ja, ich, der Ubkömmeling einer Familie, in welcher niemals ein Sou verschwendet worden ist, neigte in diesen ungeunden Tagen zur Verderbtheit, wobei ich mir Rechenschaft ablegte, daß ich in eine böse Sphäre eindrang, mein Recht auf ein Leben in Ruhe verlor. Andererseits hätte ich vor Langeweile sterben müssen, und da war dies doch das einzige Heilmittel,

wie mir schien. Ich, die immer in ehrbarem Respekt vor dem Gelde gelebt hatte, fühlte wilde Verlockungen nach Verschwendung im Blut, in der Brust. Schließlich wurde das Sehnen meines Innern so heftig, daß ich vom Gift des Vergnügens zu kosten beschloß.“

Théaurin konnte eine verdammdende Bewegung nicht beherrschen, die Stimme der Büsserin nahm einen schmerzlichen Klang an:

„Ach, ich wollte wenigstens mein Laster hintergehen, hoffte mich mit dem Trugbild der Verfehlung zu befriedigen, in der Einsamkeit mit meiner Sünde fertig zu werden. Ich placierte auf die Kommode eine Geldschatulle, die Banknoten enthielt. Wenn die Krisen über mich kamen, mein ganzes Wesen nach einer unmöglichen Entfaltung seufzte, wenn ich nicht wußte, wie ich die fieberhaft erregten Hände zur Ruhe zwingen sollte, dann betastete ich die Schatulle, umklammerte sie, knetete den Schlüssel mit den Fingern, schloß auf, und endlich berührte ich, streichelte die Banknoten, strich über

Nach den Wahlen

Am 24. April haben bedeutende Wahlen zu den deutschen Länderparlamenten stattgefunden. Zugleich waren Landtags- und Gemeinderatswahlen in Oesterreich. In allen Länderparlamenten Deutschlands haben die Nationalsozialisten einen ungeheuren Stimmenzuwachs bekommen. Die bürgerlichen Parteien sind außer dem Zentrum fast vollständig aufgerieben. Als einzige rechtsstehende Partei von Bedeutung kommen nur noch die Nationalsozialisten in Frage. Mit ihnen hat sich die Arbeiterbewegung Deutschlands in Zukunft auseinanderzusetzen.

Eine kurze Uebersicht über die Entwicklung in Preußen ergibt folgendes: Die Sozialdemokraten haben gegenüber der Reichstagswahl im September 1930 rund 800 000 Stimmen verloren, die Kommunisten ebensoviel. Das Zentrum hat 200 000 Stimmen gewonnen, die Deutschnationalen haben 400 000 Stimmen verloren, die Staatspartei 300 000, die Wirtschaftspartei 700 000, die Volkspartei ebensoviel und alle übrigen Parteien sind vollständig ausgefallen. Entfiel früher auf je 40 000 Stimmen ein Mandat, so jetzt auf 50 000. Dies muß man beachten, wenn man die Mandatsziffern mit den früheren vergleicht. Die stärkste Partei sind heute die Nationalsozialisten mit 162 Abgeordneten. Es folgen die Sozialdemokraten mit 93, das Zentrum mit 67, die Kommunisten mit 67, die Deutschnationalen mit 31, die Volkspartei mit 7 usw.

Insgesamt wurden 423 Abgeordnete zum Preußischen Landtag gewählt. Die absolute Mehrheit beträgt mithin 212 Stimmen. Nationalsozialisten, Deutschnationale und Volkspartei, die man als die Rechte des neuen Preußischen Landtages ansprechen kann, bringen es insgesamt auf 200 Stimmen. Sie haben also nicht die Mehrheit. Die bisherige Regierungskoalition (SPD., Zentrum und Staatspartei) ist zu einer Minderheit von

insgesamt 162 Abgeordneten herabgesunken. Im alten Landtag hatten diese Parteien mit 230 Stimmen von insgesamt 450 die absolute Mehrheit. Im neuen Landtag ist weder eine Mehrheit der Rechten noch eine Mehrheit der Linken möglich. Es wird also außerordentlich schwierig sein, eine Regierung zu bilden.

In den übrigen Länderparlamenten sieht es etwas anders aus. Der Bayerische Landtag zeigt durch den Zuwachs der Nazis ebenfalls ein anderes Gesicht. Auch hier wurden die bürgerlichen Parteien, von der Bayerischen Volkspartei abgesehen, von den Nationalsozialisten fast vollständig zerrieben. Die Nazis wurden zur zweitstärksten Partei, die Sozialdemokratie rückte an die dritte Stelle. In Württemberg erfolgte ebenfalls eine starke Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen und Mandate; das gleiche war in Anhalt zu verzeichnen. In Anhalt ist eine Rechtsregierung möglich, während in Bayern und in Württemberg die bisherigen Regierungsmehrheiten geblieben sind. Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft konnte die SPD. ihren Mandatsstand von 46 auf 49 vermehren. Die Staatspartei gewann ebenfalls 4 Mandate. Die KPD. verlor neun Mandate, während die Nationalsozialisten 8 Mandate gewannen. Die Sozialdemokraten in Oesterreich haben sich gut geschlagen. Sie haben ihren Beststand fast überall zu halten gewußt. Die Gegner hatten alles darauf angelegt, die Position der SPD. in Wien zu schwächen. Dieser Angriff wurde vollständig abgeschlagen.

Wie war ein solcher Wahlausgang in Deutschland möglich? Die größte Chance der Nationalsozialisten war und ist die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Wenn es einem Volke so schlecht geht, dann besteht die Gefahr, daß Parteien, die jeder Bevölkerungsschicht eine Besserung ihrer Lage versprechen, gewaltigen Zulauf bekommen. Die Nationalsozialisten werden von den Großgrundbesitzern, von Gene-

ralen und Admiralen, von Prinzen, Fürsten, Schwerindustriellen und allen rückschrittlichen Elementen bis zum Kleinbürger herab gestützt. Diese gewissenlosen Demagogen versprachen dem Bauern höhere Preise, den Städtern Preissenkungen, den Industriellen Lohnsenkungen, dem Arbeiter Lohnerhöhungen, den Hausbesitzern höhere Mieten, den Mietern Mietsenkungen, kurzum, sie bewegten sich im Kreise, hingen die Fahnen nach dem Wind und sprachen das aus, was jeder gern hören wollte. Und das dumme deutsche Volk ist zu einem erheblichen Teil auf derartige vage Versprechungen hereingefallen.

Doch wie dem auch sei, die deutsche Arbeiterbewegung hat mit den Dingen zu rechnen wie sie sind. Und da gilt es, den Gefahren fest ins Auge zu sehen. Hinter den Nationalsozialisten marschieren die gesamte Reaktion. Diese wird ihre Macht ohne Bewußtseinskrampel ausnutzen, wenn sie sie besitzt. Darüber darf sich niemand im unklaren sein. Kommt sie in Preußen zur Herrschaft, dann wird sie den gesamten Apparat des Staates, namentlich die Polizei, zu ihrer Machtstabilisierung rücksichtslos ausnutzen. Was das bedeutet, darüber sollten wir uns keinen Illusionen hingeben. Aber wir wollen nicht schwärzer sehen als es notwendig ist. Noch haben sie nicht die Mehrheit, sondern müssen eine Koalition mit anderen Parteien eingehen. Daß sie aber mit 162 Mandaten im Preußischen Landtag überhaupt vertreten sind, ist ein Rückschritt, den die Arbeiterschaft Preußens recht bald zu spüren bekommen wird.

Dort, wo eine starke Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, war der Erfolg der Reaktionen gering. Die Gewerkschaften sind und bleiben der festeste Wall der deutschen Arbeiterklasse. Sie weiter zu stärken und als Schutzwall noch weiter auszubauen, ist die wichtigste Lehre, die aus den Wahlen vom 24. April gezogen werden muß.

sie hin, und mir war, als saugten meine Poren gierig den Eindruck lebender Haut ein!... Das war schon beinahe „das Ausgeben“; ich fühlte, wie ich schwach wurde, daß es nicht an mir lag, wenn das Beste meines Wesens nicht von mir ging...“

Die Schuldige schwieg keuchend, durch ihre erbarmungswürdige Haltung die Verzeihung der nicht wiedergutzumachenden Verfehlung ersehend.

Aber Thesaurin fand die versprochenen Worte der Nachsicht nicht: er wußte zu genau, daß eine Frau, die vor der Ehe gefehlt hat, auch später wieder fehlen kann.

XX.

Derart waren die von der Agentur Bizon so gepriesenen Neuvermählten und sie kamen zufällig am Tage nach der unverzeihenen, ehelichen Szene nach Paris. Ihre Gesichter und Herzen, von Natur düster, waren durch Berechnung und Meinungsverschiedenheit noch mehr versteinert.

Sulette bedurfte sehr des Essens, sie wollte gern leben — gleichwohl, ein Tag bei Herr und Frau Doctemard, das war das Neuzerste, was sie ermöglichen konnte.

Bei Einbruch der Nacht lief sie davon. Nachdem sie so hartnäckig für sich und und ihr Kind das Recht auf Sonne in Anspruch genommen, verzichtete sie jetzt entschieden. Die Neuvermählten hatten ihr jede Möglichkeit eines weiteren Drängens genommen. Sie begriff, daß es einen wirklichen Trost nur darin gab, die Menschen nicht mehr zu sehen.

Die köstlichste Hilfe, die Logik und ruhige Schönheit des Selbstmordes erschienen ihr gleich einer sich öffnenden Knospe an diesem Lenzabend, wo an den Bäumen des Boulevard Saint-Michel sich die ersten Blättchen zeigten.

Diesmal schien das Schicksal des unglücklichen Dienstmädchens sich erbarmungslos zu erfüllen; sie ging gesenkten Kopfes mit dem lässigen und schmiegsamen Schritt der Schlafwandlerin dahin. Ohne sich über den Weg Rechenschaft

zu geben, meinte sie, im nächsten Augenblick den frostigen Spiegel der Seine dicht vor ihren Augen zu haben.

Schon gehörte sie nicht mehr zu diesen Lebenden, die vorübergingen, diesen Menschen, die liebten und geliebt wurden, sie bewegte sich nicht; ihr gepreßtes, zu einem Nichts gewordenes Herz schlug nur noch matt, nur ein kurzer, schwacher Atem belebte sie.

Das Wasser flößte ihr keine Furcht ein; sie sah sich ohne zu erschrecken, starr, langgestreckt, mit geschlossenen Augen, die Arme fest am Körper, geheimnisvoll dahintreiben. Wohl hätte sie gerne die Morgue vermieden, dieses letzte Büro des Nachweises, wo die jungen, unglücklichen Dienstmädchen mit klebedeuten Haaren, schwarzen, mit Nadeln zusammengefügten Blusen und dem festgeschlossenen Mund, der das Geheimnis ihres Namens bewahrte, der Neugier der Pariser einen letzten Dienst erwiesen.

Aber die Vorsehung sollte eingreifen. Frau Coqueho, „die Vorsehung der

Erst der Magen, dann die Schule

Unter allen Mahlzeiten des Tages ist das Morgenfrühstück zur Erhaltung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit unseres Körpers wohl die wichtigste.

Das hat z. B. der praktische Engländer längst erkannt, dessen Morgenfrühstück beinahe einer deutschen Mittag Mahlzeit gleicht. Gerade am Morgen ist unser Magen, nachdem er während der Nacht eine außergewöhnlich lange Pause gehabt hat, natürlich auch am aufnahmefähigsten und hat das Recht auf eine ausreichende, zweckmäßige und geruhfame Nahrungszufuhr. Allein von alt und jung wird hierin in Deutschland viel gesündigt. Besonders dem Schulkind sollte es anerzogen werden: Erst der Magen — dann die Schule! Die Erfüllung dieser Forderung ist nicht ganz leicht. Wer hat es noch nicht erlebt, mit welcher Hast und Aufregung viele Schulkinder ihr Frühstück verzehren?

Da fehlt noch ein Hest oder die Schultasche, da wird das Taschentuch gesucht. Da muß schnell noch einmal das Gedicht überlesen werden, das man für heute aufhat. Vengtlich sind die Blicke des Kindes auf die Zeiger der Uhr gerichtet, die unaufhaltsam vorwärts rücken.

Gewiß, mit gutem Zureden erreicht manche Mutter, daß eine Tasse Milch und vielleicht ein Brötchen hastig verzehrt werden, aber wie Blei liegt es im Magen und wird womöglich auf dem Schulweg wieder herausgewürgt.

Kein Wunder, wenn ein solches Kind, das nicht nur, wie der Erwachsene, die Nahrung zum Ersatz der verbrauchten Zellsubstanz und zur Erzeugung der nötigen Körperwärme, sondern auch zum Aufbau, zum Wachstum seines Körpers braucht, zu kränkeln beginnt und in der Schule nichts leistet.

Wie kann und muß da Abhilfe geschaffen werden?

Zunächst einmal muß das Kind zum Frühstück genügend Zeit haben. Deshalb soll es so rechtzeitig aufstehen, daß für die

Einnahme des Frühstücks genügend Zeit bleibt. Diese Zeit kann auch dadurch sichergestellt werden, daß schon am Abend vorher die Mappe fix und fertig gepackt und alle Schularbeiten bis aufs letzte erledigt werden. Die Mutter, und wenn möglich auch der Vater, sollen mit dem Schulkind in gleicher Ruhe gemeinsam frühstücken und durch ihr Beispiel einen wohlthuenden, erzieherischen Einfluß ausüben.

Bei der Zusammensetzung des Morgenfrühstücks sollte auf den Nährwert, auf Abwechslung und in gewissen Grenzen auch auf den Geschmack des Kindes möglichst Rücksicht genommen werden. Als besonders zweckmäßig für das Schulkind seien für das Frühstück Suppen aus Mehl und Hafersfloken oder Buchweizengrüße, ein Glas Milch oder Milch-

kakao, eine Scheibe Brot, wenn möglich Schwarzbrot, mit Butter, Schmalz, Honig oder Marmelade und dergleichen empfohlen. Sehr wertvoll ist auch die Zugabe von etwas frischem Obst.

Viele Kinder, besonders in den Entwicklungsjahren, haben das Bedürfnis, zwischen Morgenfrühstück und Mittagessen noch ein zweites Frühstück in den Unterrichtspausen zu sich zu nehmen. In diesem Falle gebe man ihnen ein paar Scheiben Brot mit Butter oder Schmalz, etwas Aufschnitt oder frisches Obst zur Schule mit. Ein in Ruhe verzehrtes, solches Morgenfrühstück und eventuell ein kleines zweites Frühstück werden sehr wesentlich dazu beitragen, die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit des Schulkindes zu erhöhen und ihm seine Gesundheit zu erhalten. Dr. C. Kayser.

Im Frühjahr fährt Lindcar!

Das Frühjahr mit seinen warmen Tagen macht auch die Freunde des Rad-sportes wieder lebendig. Da ist es angebracht, erneut an unser Gewerkschafts-unternehmen, das Lindcar-Fahrradwerk AG. in Berlin-Lichtenrade, zu erinnern.

Die großen geräumigen Fabrikanlagen sind gewappnet für eine Tages-Produktion von über 600 Rädern. Welt über 200 000 Lindcar-Fahrräder werden bereits im Reich gefahren. Die gefälligen Ausführungen, die solide Qualität der Räder, haben sich einen großen Freundeskreis geschaffen. Die im ganzen Reich verteilten Niederlagen halten Fahrräder, die sich im Preise von 62 M ab bewegen, und vor allen Dingen billigste Zubehör- und Ersatzteile den Interessenten zur Verfügung. Die Ortsausschüsse des ADGB., alle freigewerkschaftlichen Verbände und etliche tausend Vermittlungsstellen nehmen Wünsche und Bestellungen für Lindcar-Fahrräder entgegen und

übermitteln sie dem Werk zur schnellsten Erledigung, soweit nicht die Abgabe direkt ab Lager erfolgt.

Das Lindcar-Fahrrad ist das Rad des werktätigen Mannes geworden; es ist das Rad für Beruf und Sport. Auf der Fahrt zum Schreiber-Garten leistet es, mit Gepäckträger am Border- oder Hinterrad versehen, wertvolle Dienste.

Die Kaufbedingungen für die Lindcar-Fahrräder, wie übrigens auch für die Lindcar-Nähmaschinen, sind bedeutend verbessert und erleichtert. Das Katalog-Material, das in den oben aufgeführten Stellen überall ausliegt, gibt erschöpfende Auskunft über die Bezugsmöglichkeiten. Wir wiederholen unseren schon oft ausgesprochenen Appell:

Unterstützt die Eigenbetriebe!
Kauft Fahrräder und Nähmaschinen vom Lindcar-Fahrradwerk AG.,
Berlin-Lichtenrade.

Dienstmädchen.“ stieß auf Sulette und legte sich ins Mittel.

Sulette kam auf den Place Saint-Michel, als jemand sie am Arm faßte und lebhaft auf sie einredete:

„Was denn, was denn? Mein armes Mädel, wo laufen Sie denn bloß hin?“

Und vor Erstaunen ließ Frau Coqueho ihre große schwarze Tasche herunterfallen.

„Aber das ist ja Sulette! Ich beobachtete Sie momentan, ohne Sie zu erkennen. Wie sonderbar: auf zehn, auf zwanzig Meter mittlere ich einen Unglücklichen, der ins Wasser springen will! Und in diesem Quartier latin, da gehen Sie an Gelehrten vorbei, an Studenten, Leuten, die nährlicher Aufopferungen, edler Tugenden wohl fähig sind — und an einer Masse Männer, die nach den Weibern schauen —, und nicht einer hat Sie bemerkt, nicht einer gefühlt, was ich sofort von weitem erkannt habe ... denn schließlich kriegt man einen Menschen, der das Schlachtfeld des Lebens räumen will, unter hunderttausend heraus!“

Sulette sah sie stumpfsinnig, ohne etwas zu verstehen, an. Frau Coqueho drängte sie gegen einen Laden und faßte sie an der Schulter:

„Was ist denn los, meine arme Sulette! ... Es ist zu spät, das Wasser kann Ihnen nicht mehr helfen ... und mit zwanzig Jahren nimmt man sich das Leben nicht! ... Wenn man bedenkt, daß Sie gehört haben, wie ich soundso viele Male bald der, bald jener meine unfehlbaren Willen angeboten habe! Ach, über die naiven Menschen! Ein Glück, daß es nicht viele wie Sie gibt. Aber ohne meine Willen, armes Mädel, könnte man in Paris wegen der schwangeren Dienstmädchen sich nicht durchdrängen!“

Sulette stammelte Worte ohne Zusammenhang: sie hatte sich nicht erinnert ...

Frau Coqueho schwang ihre schwarze Tasche:

„Sie haben meine neue Adresse nicht? Ich begreife es, denn ich ziehe ziemlich häufig um, aus Gründen der Bescheidenheit ... ich mag nicht, daß die Nachbarn

sich zu sehr mit mir beschäftigen. Aber Sie müssen da hinuntergehen, nach der Avenue des Gobelins, und bei Virginie, der Frau von Jumeron, nachfragen: sie weiß immer, wohin man an mich vertrauliche Mitteilungen adressieren kann. Aber so ein Unglück! Daß Sie in einen solchen Zustand gekommen sind!“

Die sensible Dame zerbückte eine Träne und glättete ihre Schmachtflocke: „Sie werden mir die Berechtigung widerfahren lassen, daß ich hartnäckige Anstrengungen gemacht habe, um Sie vor der klassischen Schädigung „durch den Sohn des Hauses“ zu schützen ... ich fühle es ... das war ausgemacht ... eine, mit Ehrgeiz, ein Mädchen mit Ideen wie Sie ... bei Gott! Nicht das Trottoir war für Sie eine Gefahr ... Ach mein Gott! Daß ich Sie mißbrauchen habe lassen! ... Wenn man bedenkt, daß einige meiner Schützlinge, seit mehreren Monaten bei alten Herren placiert, noch fast unberührt sind! Auf Ehrenwort! Sie könnten sich nahezu als Jungfrauen verheiraten!“
(Fortsetzung folgt)